



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **B 93 Verlängerung der Frist zur Unterbreitung eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Privatpflege- und Betreuungsinitiative»; Entwurf Kantonsratsbeschluss / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Jim Wolanin.

Jim Wolanin: Die Volksinitiative «Privatpflege- und Betreuungsinitiative» wurde am 15. März 2019 von einem Initiativkomitee der CVP des Kantons Luzern, heute die Mitte, eingereicht. Die Volksinitiative verlangt einen Abzug von 5000 Franken vom steuerbaren Einkommen für Personen, die freiwillig und unentgeltlich hilfsbedürftige Personen pflegen und betreuen. Im Dezember 2020 beauftragte der Kantonsrat den Regierungsrat, einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative auszuarbeiten. Dieser Gegenvorschlag soll das Kernanliegen der Initiative aufnehmen, jedoch anhand eines Modells ausserhalb des Steuerrechts umsetzen. Um dieses Modell zu entwickeln, hat der Regierungsrat eine Fristverlängerung bis Ende November 2022 beantragt. Die Entlastung von betreuenden Angehörigen wird gegenwärtig in verschiedenen Studien untersucht, und auf Bundesebene werden rechtliche Anpassungen vorgesehen. Um diese Entwicklung in den Gegenvorschlag einfließen zu lassen, benötigt die Regierung mehr Zeit. Die GASK hat sich an ihrer Sitzung vom 24. Januar 2022 mit der Fristverlängerung befasst und stimmt dieser einstimmig zu. Aus Sicht der GASK ist es sinnvoll, einige Monate abzuwarten, um über eine Lösung zu diskutieren, welche dem aktuellen Stand der Forschung entspricht und auf die künftigen Bestimmungen des Bundesrechts abgestimmt ist. Zum Schluss möchte ich dem Gesundheits- und Sozialdepartement unter der Leitung von Regierungsrat Guido Graf und der Dienststelle Soziales und Gesellschaft unter der Leitung von Edith Lang für den Einsatz und für die Teilnahme und Beratung an unserer Sitzung danken. Ein weiterer Dank gilt Kommissionssekretär Jonathan Wenger.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich danke dem GASK-Präsidenten Jim Wolanin für die Ausführungen. Ich selber habe keine Ergänzungen mehr. Im Namen der Regierung bitte ich Sie, dieser Vorlage zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Verlängerung der Frist zur Unterbreitung eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Privatpflege- und Betreuungsinitiative», wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 93 zu 0 Stimmen zu.